

# Ideale der Demokratie

Auf der einen Seite gibt es Parteien, die die Demokratie am Liebsten abschaffen würden und auf der anderen Seite Parteien, die sie dadurch gefährden, dass sie nachlässig mit ihr umgehen. Deshalb ein paar Gedanken zu den Idealen der Demokratie:

Die Demokratie ist vielleicht die anstrengendste Form des Regierens, denn "Volksherrschaft" erfordert, dass sich das Volk um die Spielregeln kümmert, die zum Regieren notwendig sind. Das heißt, der Bürger und Wähler sollte stets die politischen Debatten verfolgen und sich eine eigene Meinung bilden, um dann entsprechend wählen oder protestieren zu können. Das ist anstrengend und überfordert vielleicht einen Teil der Bevölkerung. Vor allem, wenn die Medien ihre Aufgabe als Vermittler zwischen Wählern und Gewählten, aber auch als deren Kontrolleure nicht mehr wahrnehmen, weil ihnen Geld verdienen wichtiger ist, als das Wohl der Menschen.

Damit die Bevölkerung die bestmöglichen Entscheidungen trifft, ja überhaupt treffen kann, forderte Platon von 2400 Jahren, dass jeder Mensch so weit gebildet werde, wie es seine Fähigkeiten zulassen. Einen besseren Staat - so seine Schlussfolgerung - kann es nicht geben, als einen in dem jeder seine Fähigkeiten zum Wohle aller ausleben kann. Was nebenbei die Menschen glücklicher machen kann. Leider sind wir von diesem Ideal noch weit entfernt, selbst, wenn man die Fortschritte im Bildungssystem anerkennt.

Da man die Ansichten der verschiedenen Menschen bündeln muss, damit sie wirkungsvoll werden, entstanden Parteien, die sich als Sammelbecken Gleichgesinnter verstehen und Parlamente, in denen durch Rede ( lat. *parlare* ) und Gegenrede versucht wird die besten Lösungen für die bestehenden Schwierigkeiten zu finden.

In der Praxis hat das zu Fehlentwicklungen geführt, die vielleicht kaum vermeidbar waren. Je mehr Stimmen eine Partei bei Wahlen bekommt, desto mächtiger wird sie. Daher haben Parteien eine Neigung entwickelt ihre Ideen dem Machterhalt zu opfern. Die großen Volksparteien stritten sich lange darum, wer denn nun "die Mitte der Gesellschaft" vertrete, anstatt sich der Frage zu widmen, welche Entscheidungen für die Mehrheit der Bürger am Wichtigsten wären. Parteien versuchen daher im Wahlkampf Wähler anderer Parteien abzuwerben, oder für die eigene Partei zu gewinnen. Dabei geht es um Macht ( und Parteien-Finanzierung ), aber nicht um das Wohl des Landes! Schon Max Weber erkannte, dass Einrichtungen ( Institutionen ) dazu neigen eigene Interessen zu entwickeln und zu verfolgen. Man sieht das bei vielen Religionen, dass deren Kirchen nicht mehr nur die Verbreitung der Religion zum Ziel haben, sondern Missionierung, um dadurch einen Zuwachs an Macht zu erreichen. Dabei sind Religionen ein frei lassendes Angebot: "Glaub es, oder glaub es nicht." Die Kirchen ( Schulen, Tempel, etc. ) dagegen erwarten, dass der Gläubige sich für sie einsetzt, ja schaffen Feindschaft: "Wer nicht für mich ist, ist gegen mich!" Das ist nicht ihre Aufgabe, aber so haben sich viele Glaubensgemeinschaften entwickelt.

Ähnlich ist es bei Parteien. Auch sie verstehen sich nicht mehr als Diener der Bürger und der Demokratie, sondern versuchen Macht zu erlangen, um selbst immer größer und mächtiger zu werden. Das ist nicht ihre Aufgabe! Sie sollten dazu dienen, dass die Anliegen der Bürger in der Politik berücksichtigt werden.

Wie schlecht das mittlerweile funktionierte zeigte das Thema "Umweltschutz", dass von Parteien so lange unbeachtet blieb, bis sich eine neue Partei, die Grünen, bildete, die dieses vernachlässigte Thema in die Parlamente brachte, und zwar in vielen Ländern. Deshalb kann man vermuten, dass viele etablierte Parteien dieses zutiefst konservative Thema verschliefen. Das weist auf eine Schwäche dieser Parteien hin, die man als Entfremdung von den Bedürfnissen der Bürger bezeichnen könnte. Wem es in erster Linie um Macht geht, der tut sich schwer dem Land und seinen Bürgern zu dienen, weil er in seinem Hochmut meint, besser zu wissen, was die Bürger wollen oder brauchen.

Das hat auch Auswirkungen auf die Parlamente, weil es die Form der Debatten verändert. Wer meint im Besitz der Wahrheit zu sein, hört anderen Ansichten nur mit geringerer Aufmerksamkeit zu. Manchmal applaudieren Parteien nur ihren eigenen Rednern, anstatt sich mit den Argumenten Anderer ernsthaft zu befassen und zu prüfen, ob diese eine Verbesserung bringen würden, oder nicht. Genau so müsste eigentlich die Opposition versuchen die Regierung durch eigene, im Idealfall bessere, Ideen dahin zu drängen, wo es für das Land am Besten wäre.

Das Ideal der Demokratie sieht alle Parteien im Parlament in der Verantwortung alles zu tun, damit es dem Land und seinen Bürgern gut gehe. Sobald da einige ausscheren und sich nur um ihren Machterhalt, oder deren Rückgewinnung kümmern, lassen sie Bürger und Land im Stich.

Wenn zur Zeit die Konservativen vor allem die Regierung schlecht machen, aber keine besseren Ideen vorzuweisen haben, dann ist das nicht im Interesse des Landes. Wer nur meckert, aber keine besseren Lösungen vorschlagen kann, der schadet der Demokratie und damit dem Land. Mit "christlich" hat das auch nicht mehr viel zu tun.

Selbstverständlich muss die Opposition die Regierung kritisch begleiten. Aber das altgriechische Wort "krino" bedeutet "ich unterscheide". Dafür braucht es aber mindestens zwei Vorschläge, über die man dann abwägen kann. Wenn aber die Opposition keine Vorschläge macht, wie es ihrer Meinung nach besser ginge, dann kann sie eben nur noch meckern, verweigert sich damit aber dem demokratischen Vorgang des Ringens um die besten Lösungen.

Es fiel auf, dass bei einer Umfrage die Mehrheit der Bürger davon überzeugt war, dass die Opposition ebenfalls keine bessere Politik machen würde, als die Regierung. Offenbar haben viele Bürger den Eindruck, dass sich die Parteien - vor lauter Streben nach Macht - so weit von den Menschen im Lande entfernt haben, dass sie deren Anliegen weder kennen, noch in der Politik umzusetzen vermögen. Die Politiker sprechen dann gerne von "Politikverdrossenheit", aber ehrlicher wäre, wenn man von "Parteienverdrossenheit" spräche. Kurioser Weise hoffen Manche, dass sich das Problem durch die Neugründung von Parteien lösen ließe, die früher oder später dieselben Fehler machen würden, nämlich den Machterhalt für wichtiger zu halten, als den Dienst an den Bürgern und dem Land.

Dass man das Ideale fast nie erreicht, spricht nicht dagegen sich darum zu bemühen. Ideale sind den Sternen ähnlich, man erreicht sie nicht, aber sie weisen einem den Weg, wenn man sie kennt.